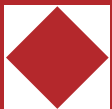


Alexander Roßnagel | Christian Geminn

Datenschutz-Grundverordnung verbessern

Änderungsvorschläge aus Verbrauchersicht



Nomos

Der Elektronische Rechtsverkehr

Herausgegeben von
Prof. Dr. Alexander Roßnagel und
Prof. Dr. Gerrit Hornung, LL.M.
in Zusammenarbeit mit
dem TeleTrusT Deutschland e.V.

Band 43

Alexander Roßnagel | Christian Geminn

Datenschutz-Grundverordnung verbessern

Änderungsvorschläge aus Verbrauchersicht



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2020

© Alexander Roßnagel | Christian Geminn

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-7706-8

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2099-1

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748920991>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell –
Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.



Onlineversion
Nomos eLibrary

Vorwort

Die Datenschutz-Grundverordnung ist ein großer Wurf. Sie regelt erstmals für die gesamte Europäische Union einheitlich und unmittelbar die Grundsätze einer zentralen Gestaltungsaufgabe aller Bereiche der digitalen Gesellschaft, nämlich der Verarbeitung personenbezogener Daten. Die Verordnung hat globale Dimensionen und dient vielen Staaten als Vorbild für einen dritten Weg der Entwicklung in die digitale Welt: Zwischen dem Modell des rücksichtslosen kalifornischen Datenkapitalismus und dem Modell der totalen chinesischen Überwachungsdictatur zeigt die Datenschutz-Grundverordnung einen Entwicklungspfad. Sie gibt die Richtung an, wie die Nutzung personenbezogener Daten für gesellschaftliche, ökonomische und staatliche Zwecke mit der Achtung und dem Schutz von Grundrechten und Freiheiten vereinbart werden kann.

Die Datenschutz-Grundverordnung ist ein erster Wurf. Sie ist das Ergebnis des Versuchs, für die Gesellschaften, Volkswirtschaften und Staaten der Europäischen Union ein einheitliches normatives Grundgerüst des Datenschutzes zu bauen. Sie ist das Ergebnis eines mühsamen Aushandlungsprozesses, der Kompromisse zwischen vieldimensionalen Interessengegensätzen und gegebenen Machteinflüssen finden musste. Sie ist das Resultat von unterschiedlichen normativen Ordnung- und Entwicklungsvorstellungen, und Wirkungsprognosen, die die vielen und vielfältigen Praxisprobleme gar nicht kennen konnten, die bei ihrer Umsetzung in allen von ihr erfassten Wirtschafts-, Verwaltungs- und Gesellschaftsbereichen entstehen. Sie ist schließlich ein mühsamer Versuch, die aus unterschiedlichsten Einflüssen entstandenen Einzelregelungen nachträglich in einem in sich stimmigen Gesetzeswerk zu systematisieren.

Aus diesen Gründen verwundert es nicht, dass bereits vier Jahre nach Inkrafttreten und zwei Jahre nach Geltungsbeginn in der Praxis des Datenschutzes Handwerksfehler, Inkonsistenzen, Wertungswidersprüche, Regelungslücken und Überregulierungen deutlich werden. Sie verursachen Unverständnis, Abwehrhaltungen, Rechtsunsicherheiten, Investitionsstau, Vollzugshemmnisse und Handlungsbarrieren. Gerade gegenüber neuen Herausforderungen der Digitalisierung zeigen sich Schutzlücken, die befürchten lassen, dass das Datenschutzrecht nicht geeignet ist, auch künftig ausreichenden Grundrechtsschutz zu gewährleisten. Diese Defizite verhindern, dass die Datenschutz-Grundverordnung in der Lage ist, das Ziel ei-

nes einheitlichen, rechtssicheren und effektiven Datenschutzes zu erreichen.

Um ihren eigenen Zielen und ihrer globalen Vorbildfunktion gerecht zu werden, ist die Datenschutz-Grundverordnung dadurch zu verbessern, dass ihre erkannten Defizite beseitigt werden. Hierfür bot die Evaluierung der Verordnung 2020 eine gute Gelegenheit. In der Evaluation sollten insbesondere die Defizite aufgedeckt und Lösungen diskutiert werden. Geeignete Verbesserungsvorschläge sollten in einem Überarbeitungsprozess umgesetzt werden. Wie im Entstehungsprozess der Datenschutz-Grundverordnung wurden auch im Evaluationsprozess aus den Blickwinkeln der unterschiedlichsten Interessen Wirkungsanalysen und normative Gestaltungsvorschläge vorgetragen. Ein sehr wichtiges, aber seiner Bedeutung meist nicht angemessen gewürdigtes Interessenbündel ist das der Verbraucher, die weitgehend mit den „betroffenen Personen“ identisch sind. Bei einer Überprüfung aus der Sicht der Verbraucher geht es also überwiegend um die Personen, deren informationelle Selbstbestimmung durch das Datenschutzrecht geschützt und gestärkt werden soll.

Dass diese und viele andere Stellungnahmen im Bericht der Europäischen Kommission über die Evaluation der Datenschutz-Grundverordnung vom 24. Juni 2020 ignoriert wurden, ist enttäuschend. Dass der Bericht sich ausschließlich mit ausgewählten Aspekten der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung befasst, ist kurzsichtig. Dass kein einziger Vorschlag zur Verbesserung der Datenschutz-Grundverordnung auch nur erörtert wurde, ist für die Zukunftsfähigkeit des Datenschutzrechts in der Europäischen Union schädlich. Dennoch muss und wird die öffentliche Diskussion um notwendige und mögliche Verbesserungen der Datenschutz-Grundverordnung weitergehen.

Das Ziel dieses Buches ist es, Verbesserungsnotwendigkeiten aufzudecken, Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen und Verbesserungsvorschläge aus der Sicht der Verbraucher zu erarbeiten und vorzustellen. Es beruht in seiner Grundstruktur und in wesentlichen Ergebnissen auf einem Rechtsgutachten, das die Autoren für den Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) erstellt haben. Es diene diesem als argumentative Grundlage dafür, sich in der Debatte um die Evaluation der Datenschutz-Grundverordnung und um die künftige Fortentwicklung des Datenschutzrechts in der Europäischen Union zu positionieren. Das Rechtsgutachten wurde im November 2019 abgeschlossen und vom vzbv im Internet veröffentlicht.

Für das Buch wurde das Rechtsgutachten im Rahmen des Projekts „Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt“, das

vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, intensiv überarbeitet und aktualisiert. Zum einen wurde neuere Literatur – auch zur Evaluation der Datenschutz-Grundverordnung – berücksichtigt. Zum anderen wurden zahlreiche Stellungnahmen zur Evaluation von Rat und Kommission, Mitgliedstaaten, Bundesregierung und Bundesrat sowie Verbänden und Organisationen in die Ausarbeitung integriert und der Evaluationsbericht der Europäischen Kommission vom 24. Juni 2020 berücksichtigt. Drittens erfolgten auf kritische Anmerkungen hin zahlreiche Präzisierungen, Klarstellungen und Erläuterungen der Analysen, Bewertungen und Änderungsvorschläge. Außerdem wurden zusätzliche Erkenntnisse zum Änderungsbedarf der Verordnung gewonnen und weitere Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

Die in diesem Buch präsentierten Analysen, Bewertungen und Vorschläge sollen dazu beitragen, Argumente für die notwendige Diskussion zur Fortentwicklung des Datenschutzrechts in der Europäischen Union zu liefern und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Grundrechte und Freiheiten in der Entwicklung zu einer digitalen Welt besser gefördert und geschützt werden können.

Kassel, Juli 2020

*Alexander Roßnagel
Christian Geminn*

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	15
1.1	Status quo des europäischen Datenschutzrechts	16
1.2	Herausforderungen für den Verbraucherdatenschutz	18
1.3	Zielsetzungen und Gliederung	20
2	Evaluation der Datenschutz-Grundverordnung	23
2.1	Rechtlicher Rahmen	23
2.2	Stellungnahmen	24
2.2.1	Bilanz der Kommission	25
2.2.2	Mitgliedstaaten	26
2.2.3	Rat	27
2.2.4	Europäischer Datenschutzausschuss	28
2.2.5	Bundesregierung	28
2.2.6	Bundesrat	29
2.2.7	Datenschutzkonferenz	29
2.2.8	Zivilgesellschaft	30
2.3	Evaluation der Europäischen Kommission	31
3	Die Datenschutz-Grundverordnung aus Verbrauchersicht	39
3.1	Ausübung persönlicher oder familiärer Tätigkeiten	39
3.1.1	Datenschutzrisiken	41
3.1.2	Beschränkte Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung	43
3.2	Aufenthaltsprinzip	44
3.3	Grundsätze der Datenverarbeitung	46
3.3.1	Grundsatz der Fairness	46
3.3.2	Grundsatz der Datenvermeidung	47
3.4	Einwilligung und andere Erlaubnistatbestände	49
3.5	Bestimmung des Vertragszwecks	53
3.6	Verarbeitung der Daten von Kindern	55

3.7	Informationspräsentation	62
3.7.1	Interessengerechte und an der Aufnahmekapazität ausgerichtete Information	63
3.7.2	Mediengerechte Information	64
3.7.3	Situationsadäquate Information	64
3.7.4	Information durch Bildsymbole	66
3.7.5	Technik- und bereichsspezifische Informationen	66
3.8	Informationspflichten des Verantwortlichen	67
3.8.1	Informationen über Empfänger	67
3.8.2	Konflikt zwischen rechtlich geschützten Geheimnissen und Informationspflicht	67
3.8.3	Informationen über automatisierte Entscheidungsverfahren	68
3.8.4	Information über Profiling	70
3.9	Das Auskunftsrecht der betroffenen Person	71
3.9.1	Auskunft über Empfänger	71
3.9.2	Auskunft über automatisierte Entscheidungsverfahren	72
3.9.3	Recht auf Erhalt einer Kopie	72
3.10	Das Recht auf Datenübertragung	76
3.10.1	Anwendungsbereich der Vorschrift	77
3.10.2	Beschränkung auf geltende Einwilligungen oder Verträge	79
3.10.3	Form der Datenübertragung	80
3.11	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall	82
3.11.1	Ausweitung des Anwendungsbereichs der Vorschrift	82
3.11.2	Automatisierte Entscheidungen Dritter als Bedingung	85
3.11.3	Qualitative Anforderungen	86
3.11.4	Pflicht zur Erläuterung der Entscheidung	86
3.12	Nichtabdingbarkeit von Rechten der betroffenen Person	87
3.13	Anforderungen an Profiling	88
3.14	Datenschutz durch Systemgestaltung	90
3.14.1	Unbestimmtheit der Gestaltungspflicht	90
3.14.2	Fehlende Verpflichtung der Hersteller	91
3.14.3	Gestaltungsmacht der Verantwortlichen	93
3.15	Datenschutz durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen	94
3.16	Effektive Datenschutzaufsicht	95

3.17	Sanktionen	96
4	Handlungsbedarf	99
4.1	Handlungsbedarf zu den allgemeinen Bestimmungen (Kapitel I)	100
4.2	Handlungsbedarf zu den Grundsätzen (Kapitel II)	101
4.3	Handlungsbedarf zu den Rechten der betroffenen Person (Kapitel III)	103
4.4	Handlungsbedarf zu den Pflichten des Verantwortlichen, Auftragsverarbeiters und Herstellers (Kapitel IV)	109
4.5	Handlungsbedarf zu den unabhängigen Aufsichtsbehörden (Kapitel VI)	113
4.6	Handlungsbedarf zu Rechtsbehelfen, Haftung und Sanktionen (Kapitel VIII)	113
5	Regelungsvorschläge	115
5.1	Aufenthaltsprinzip	115
5.2	Datenschutzrechtliche Grundsätze	116
5.3	Vorrang der Einwilligung	116
5.4	Bestimmung des Vertragszwecks	117
5.5	Prüfung der Vereinbarkeit von Verarbeitungszwecken	118
5.6	Ausschluss der Einwilligung eines Kindes in Werbung und Profiling	118
5.7	Ausschluss der Einwilligung eines Kindes in die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	118
5.8	Beschränkung der Information auf die nächstfolgende Datenverarbeitung	119
5.9	Ausgleich zwischen Informationspflicht und Geheimnisschutz	120
5.10	Zeitnahe relevante Information über die Datenerhebung	121
5.11	Information über Empfänger	121
5.12	Information bei automatisierten Entscheidungsverfahren	122
5.13	Information über Profiling	123
5.14	Informationserleichterung	123

5.15	Auskunft über Empfänger	124
5.16	Auskunft über automatisierte Entscheidungsverfahren	125
5.17	Auskunft über Profiling	125
5.18	Recht auf eine Kopie	126
5.19	Recht auf Datenübertragung	127
5.20	Schutz von Kindern im Rahmen eines Widerspruchs	128
5.21	Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall	129
5.22	Protokollierung der Datenübertragungen und der Empfänger	131
5.23	Nichtabbinbarkeit der Rechte der betroffenen Person	131
5.24	Pflichten für Hersteller	132
5.25	Datenschutz durch Systemgestaltung	134
5.26	Datenschutz durch Voreinstellungen	135
5.27	Informationspflichten bei gemeinsamer Verantwortlichkeit	136
5.28	Berücksichtigung der Risiken eines Kindes in der Datenschutz-Folgenabschätzung	137
5.29	Befugnisse der Aufsichtsbehörden gegenüber Herstellern	138
5.30	Neue Aufgaben für den Europäischen Datenschutzausschuss	139
5.31	Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Hersteller	140
5.32	Recht auf Schadensersatz gegen Hersteller	141
5.33	Sanktionsverfahren	142
6	Fortentwicklung des Datenschutzrechts	145
6.1	Datenschutz in der Welt von heute	145
6.2	Datenschutzherausforderungen in der Welt von morgen	148
6.3	Vorschläge zur Fortentwicklung des Datenschutzes	149
6.3.1	Risikoadäquate Weiterentwicklung oder Ergänzung des Datenschutzrechts	150
6.3.2	Stärkung der Stellung der Verbraucher	158
6.3.3	Verhinderung einer Überforderung der Verbraucher	160
6.3.4	Verhinderung negativer Auswirkungen auf Dritte	162
6.3.5	Stärkung der Datenschutzprinzipien	167

7	Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit des Datenschutzrechts	171
8	Zusammenfassung der Ergebnisse	175
9	Executive Summary	182
	Literatur	189

